

Aufruf



Wir brauchen Katharina Prelicz-Huber in Bern!

**Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen in Bern stärker vertreten sein – links, grün, weiblich, sozial
Darum Katharina wieder ins Parlament**

**Katharina braucht deine Unterstützung!
Unterschreibe auf: www.prelicz-huber.ch**

Wir Unterzeichnende setzen uns dafür ein,
dass Katharina Prelicz-Huber im Herbst 2015 in den Ständerat
oder sicher in den Nationalrat gewählt wird.

Denn Katharina vertritt mit Geschick und Power, was für uns
zentral ist in der Sozialpolitik, in der Gewerkschaftspolitik, in der
Gleichstellungspolitik und in der Umweltpolitik.

Sie ist Präsidentin der Gewerkschaft VPOD Schweiz
und Sprecherin für Gleichstellungsfragen der Grünen Schweiz.

Sie war schon Gemeinde- und Kantonsrätin in Zürich,
von 2008 - 2011 im Nationalrat und politisiert seit 2014 wieder im
Zürcher Gemeinderat.

1. Alle reden von mangelnder Sicherheit

Wir Gewerkschaften setzen uns für Sicherheit ein, die zählt: Für soziale Sicherheit. Sie misst sich daran, wie wir mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft umgehen: Ob wir ihre Menschenrechte respektieren und ihre gleichberechtigte Teilnahme in der Gesellschaft fördern.

- Für die Sicherung und Weiterentwicklung unserer öffentlichen sozialen Institutionen und Sozialversicherungen, damit allen ein Leben in Würde möglich ist – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Glauben, sexueller Orientierung oder Aufenthaltsstatus

- Für genügend Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen und guten Arbeitsbedingungen

- Für den Schutz der Menschen- und Grundrechte aller und für den Schutz von Minderheiten vor jeglicher Diskriminierung – auch bei Menschen mit einer Behinderung

2. Viele schimpfen über den Staat und greifen sogar Rechtsstaat und Völkerrecht an

Dabei sind ein demokratischer Rechtsstaat und ein guter Service Public die Basis für ein gutes Leben: für soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlergehen für alle.

- Gegen populistische Pauschalkritik am Staat, die meist darauf abzielt, die Schwächeren noch mehr zu schwächen

- Gegen das Ausspielen von «Landesrecht» gegen Völkerrecht

- Für das Recht, in unserem Staat mitzureden und mitzuentcheiden – egal, ob wir Schweizer BürgerInnen sind oder nicht, ob wir volljährig sind oder noch nicht

3. Zu viele meinen, der Kampf um Gleichstellung der Frauen sei heute ein alter Hut

Dabei nimmt der Anteil von Frauen in den Parlamenten von Bund und Kantonen nicht zu, sondern wieder ab. So werden diejenigen Anliegen, die Frauen besonders betreffen, wieder wie früher nicht ernst genommen, hinausgezögert oder abgelehnt. Die gegenwärtige konservative Welle gibt den Jungen wieder Vorbilder wie zu Grossmutterns Zeiten.

- Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen wie im privaten Sektor – und öffentliche Kontrollen in Bezug auf die Einhaltung gleicher Arbeitsbedingungen und Löhne

Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit partnerschaftlich aufgeteilt zwischen Frau und Mann. Und mehr gute ausserfamiliäre Kinderbetreuungsplätze und Tagesschulen, um Familien- und Berufsleben besser vereinbaren zu können

- gleiches Heirats- und Adoptionsrecht auch für lesbische und schwule Paare

4. Unser Service Public wird heute oft schlecht geredet

So können öffentliche Dienste und Leistungen abgebaut, verteuert oder privatisiert werden, so wird die Gesellschaft unsolidarischer, die Umverteilung nach oben extremer und prekäre Arbeitsbedingungen werden häufiger – und die weltweite Finanzkrise ist noch nicht verdaut.

- Wir verurteilen die «Sparpakete», die immer wieder ohne Not geschnürt werden, denn sie bedeuten eine Verschlechterung oder gar den Abbau öffentlicher Dienste und Leistungen. Den «Sparaposteln» geht es meist nur darum, Steuern senken oder streichen zu können, was selbstredend nicht den Habenichtsen, sondern den Habenden etwas einbringt.

- Für uns sind die öffentlichen Dienste auch Arbeitsplätze. Wir verteidigen uns als Arbeitende – auch weil wir wissen, dass der Staat als Arbeitgeber ein gutes Vorbild sein muss für die Privatwirtschaft. Und weil nur bei guten Arbeitsbedingungen gute öffentliche Dienstleistungen möglich sind.

- Service Public ist kein Gegensatz zur Wirtschaft, sondern ein ebenso produktiver Teil von ihr. Sein Ziel ist nicht Gewinnmaximierung, sondern die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern. Dabei muss der Staat nachhaltig wirtschaften, das heisst mit Blick auf das Wohl auch der künftigen Generationen.

5. Die neoliberale Welle, die so vielen so viel versprach, zeigt ihre Kehrseiten

Wir realisieren heute wieder, wo wir auf gute öffentliche Einrichtungen und Dienste besonders angewiesen sind, nämlich in den grundlegenden Lebensbereichen wie **Bildung, Gesundheit, Sozialversicherungen, Arbeit, Wohnen, Umwelt, Mobilität, Wasser, Energie und Umverteilung.**

- Bildung

Eine gute öffentliche Volksschule und für alle eine gute und kostenlose weiterführende berufliche oder allgemeine Bildung bis zur Universität oder Fachhochschule

Gleiche Chancen für schulische Bildung, Berufs- und Weiterbildung für alle, unabhängig von ihrer sozialen oder nationalen Herkunft

Faire und gut ausgebaute Stipendien zur Förderung der Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich – auch für berufliche Bildung und Weiterbildung

- Gesundheit

Eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung in der stationären und ambulanten Pflege und Betreuung Und dies für alle garantiert und breit gestreut auch mit niederschwelligen Angeboten

Eine öffentliche Krankenversicherung statt des heutigen unnötigen, intransparenten und kostspieligen Wettbewerbs privater Kassen

- Sozialversicherungen

Eine Altersvorsorge, welche den bisherigen Lebensstandard für alle gewährleistet. Ja zur Stärkung der AHV mit der Initiative «AHV+»

Ausbau statt Abbau von öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV, IV, ALV, EO, Mutterschutz. Die IV muss wieder für alle Betroffenen Leistungen sprechen

Für ein garantiertes soziales Existenzminimum mit einem Grundeinkommen oder mindestens einem nationalen Rahmengesetz für Sozialhilfe

- Arbeit

Betriebliche Mitbestimmung, um sich wehren zu können gegen steigende Anforderungen in der Arbeitswelt, gegen «Flexibilisierungen» aller Art, gegen zunehmenden Stress, gegen ungenügenden Arbeitsschutz und gegen einseitige Bevorteilung von Arbeitgebern bzw. Aktionären

Starke Gewerkschaften, die mehr und bessere Gesamtarbeitsverträge aushandeln können. Und Mindestlöhne, die allen eine menschenwürdige Existenz

ermöglichen

*Übernahme und Durchsetzung internationaler Normen,
wie etwa das IAO-Abkommen 189 für menschenwürdige
Arbeit für Hausangestellte oder die IAO-Konventionen 87
und 98 in Sachen Kündigungsschutz für gewählte
Mitarbeitervertretungen*

- Wohnen

*Mehr Förderung von sozialem und genossenschaftlichem
Wohnungsbau mit dem Ziel, das Wohnen für alle
erschwinglich zu machen*

*Statt Zersiedelung eine nachhaltige Siedlungspolitik und
Kulturlandschutz*

*Boden in öffentlichem Besitz soll grundsätzlich nicht an
Private verkauft, sondern wo möglich vermehrt werden*

- Umwelt

*Schutz der natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen,
die wir für ein menschenwürdiges Leben und eine
nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung brauchen – heute
und in Zukunft*

*Umweltschonende und sichere Grundversorgung der
Bevölkerung. Darum keine AKW, dafür eine zügige
Ausrichtung unserer Energieversorgung auf erneuerbare
Energien*

*Konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf die
Schiene und ein gezielter Ausbau des öffentlichen Verkehrs*

- Umverteilung

*Wider die Umverteilung zugunsten der Reichsten. Also
gerechte Steuern mit einer Progression, die auch Millionäre
einbezieht statt des zerstörerischen Steuerwettbewerbs
unter den Kantonen. Und Pauschalbesteuerung abschaffen*

*Deutliche Erhöhung der Unternehmenssteuern statt weitere
Senkungen. Wir haben schon die tiefsten europaweit!*

Ja zur Erbschaftssteuer-Initiative